

Breslauer Zeitung.



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratengebühr für den Raum einer sechsteiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 412. Mittag-Ausgabe.

Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 4. September 1879.

Deutschland.

Berlin, 3. Septbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Pfarrer Vordemann zu Cathrinbagen im Kreise Rinteln den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Major z. D. von Griesheim, bisher im 1. Garde-Regiment zu Fuß, das Kreuz der Ritter des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem ehemaligen Schulzen und Kreis-Steuererheber Krzywosondzi zu Kozmin im Kreise Samter das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Der Major im Feld-Artillerie-Regiment Nr. 15 Julius Carl Albert Leistikow zu Meh ist zum commissarischen Kreisarzt des Kreises Heilsberg, unter Anweisung seines Amtswohnsitzes in Guttstadt, ernannt worden. (Reichs-Anz.)

○ Berlin, 3. Septbr. [Die Minister. — Generalsuperintendent für Ost- und Westpreußen. — Neues Mitglied des brandenburgischen Consistoriums.] Mit Beginn der nächsten Woche werden bis auf den Staatsminister Hofmann, den Kriegsminister Kameke, welcher dienstlich abwesend ist, und den Finanzminister Bitter, der in Karlsbad die Kur gebraucht, die Mitglieder des Staatsministeriums wieder in Berlin versammelt sein. — Der Consistorialrath, Hof- und Schloßprediger Dr. Carus in Stettin, ist, sicherem Vernehmen nach, nunmehr vom König zum Generalsuperintendenten der Provinzen Ost- und Westpreußen ernannt worden. — Der ordentliche Professor der Theologie, Consistorialrath Dr. Weiß in Berlin, ist, wie wir als bestimmt hören, vom König zum Mitglied des Consistoriums der Provinz Brandenburg ernannt worden.

— Berlin, 3. Sept. [Die Reise des Kaisers nach Alexandrowo. — Sifirung der Silberverkäufe. — Termin für die Neuwahlen des Abgeordnetenhauses.] Vom Dache des kaiserlichen Palais herab weht heute die Fahne der Kaiserin, wie dies seit Beendigung des letzten Feldzuges wohl kaum vorgekommen ist. Der Kaiser hat Berlin heute Morgen um 7 Uhr 12 Minuten verlassen und sich zunächst nach Alexandrowo zu einer Zusammenkunft mit dem Kaiser von Rußland begeben. Der Ertrazug, der den Kaiser führte, bestand aus einem Salonwagen und zwei Hofwagen, das Gefolge des Kaisers aus den drei Flügel-Adjutanten Graf Lehndorff, von Arnim und von Vindequist, dem Leibarzt Dr. von Lauer, den Geh. Hofrathen Bork und Kancki. Um 3 Uhr Nachmittags sollte der Zug in Alexandrowo eintreffen. Nach hierher gelangten Privat-Nachrichten hat der Kaiser von Rußland außer dem Sägerbataillon, welches in Alexandrowo steht, eine Ehrenwache aus einer Compagnie des Regiments, dessen Chef der Kaiser Wilhelm ist, zu dessen Empfang beordert. Kaiser Wilhelm wird morgen Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten in Dirschau mit der Kaiserin zusammenzutreffen, die morgen früh Berlin verläßt, woraus geschlossen wird, daß er bis morgen Mittag in Alexandrowo verbleibt. Es erfolgt dann die Weiterreise beider Majestäten bis Königsberg, wo die Ankunft zu der programmäßig festgesetzten Stunde erwartet wird. So weit die Thatsachen, welche gestern in später Abendstunden hier bekannt geworden sind und wie nach Allem, was vorangegangen ist, begreiflich erscheint, große Sensationen gemacht haben. Der Beschluß zu der Zusammenkunft der beiden Kaiser ist kaum 24 Stunden vor der Abreise des Kaisers Wilhelm gefaßt worden. Am Montag fand ein lebhafter Depechenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Feldmarschall von Manstein statt. Der letztere übermittelte die dringende Einladung des Kaisers Alexander zu einer Begrüßung unseers Kaisers an der Grenze auf dessen Reise nach Königsberg. Die Vorbereitungen dazu sind so geräuschlos und heimlich betrieben worden, daß das Geschehen des Kaisers erst gestern Nachmittags Kunde von der Reise erhalten hat. Wenn nun auch mit besonderer Betonung sofort gemeldet wird, daß der Kaiser nur mit militärischem Gefolge reist, so wird trotz alledem Niemand glauben wollen, daß man es hier mit einem Ereigniß ohne erhebliche politische Tragweite zu thun habe. Gegenüber diesen Vorgängen erscheint die officiöse Ungeklärtheit, welche den politischen Charakter der Mission Mantens in Abrede zu stellen sucht, erst in ihrem vollen Lichte. Ein Bruch mit Rußland, wie man ihn bislang vielfach befürchtete, wird für jetzt wohl die Gemüther nicht weiter zu beunruhigen brauchen. — Bezüglich der Sifirung der Silberverkäufe und einer umfangreicheren Circulation des Silbers wird jetzt bekannt, daß, abgesehen von den zur Einziehung bestimmten älteren Jahrgängen der Silbermünzen ziemlich Alles bis dahin zurückgehaltene Silber wieder in Umlauf gesetzt ist. Hierbei soll es aber sein Bewenden haben; die Reichsregierung hebt ausdrücklich hervor, daß sie dies Verfahren bei Verathung des Münzgesetzes bereits sich vorbehalten habe, daß im Uebrigen aber eine Aenderung der Münzgesetzgebung auch jetzt durchaus nicht beabsichtigt sei. — Von diesen Seiten wird auffällig bemerkt, daß der Termin der Neuwahlen des Abgeordnetenhauses noch immer nicht officiell angekündigt sei. Man giebt übrigens der Hoffnung Raum, daß ein anderer Tag als der 30. September für die Wahlen der Wahlmänner bestimmt werden möchte, da dieser Termin mit dem letzten Tage des Quartals zusammenfällt, an welchem die Behörden Zahlungen zu leisten haben etc.

[Inbetriebnahme des deutsch-norwegischen Kabels.] Zwischen Deutschland und Norwegen ist eine unmittelbare unterseeische Telegraphen-Verbindung hergestellt worden, welche am 5. September in Betrieb genommen werden wird. Von diesem Zeitpunkt ab kommt für Telegramme nach Norwegen eine Grundtaxe von 40 Pf. für das Telegramm und eine Wortgebühren von 20 Pf. für jedes Wort zur Erhebung.

[Pferde-Eisenbahnen und Straßen-Locomotiv-Bahnen oder Train-Bahnen etc.] Die steigende Bedeutung und Frequenz dieser Verkehrsmittel erfordert auch in den Fällen, wo die betreffenden Unternehmer nur die Ertheilung einer beschaffen polizeilichen Concession beantragen, die Prüfung der Frage, ob nicht im öffentlichen Interesse die Nachscheidung einer allerhöchsten Concession nach Maßgabe des Eisenbahngesetzes vom 3. November 1838 erforderlich ist, um die Unternehmer durch die Verleihung dieser Concession den in diesem Gesetze vorgeschriebenen Verpflichtungen unter Genäßung der bezüglichen Rechte zu unterwerfen. Demzufolge hat der Minister für die öffentlichen Arbeiten vor Kurzem die Regierungsbehörden beauftragt, über die bei ihnen eingehenden Anträge auf Genehmigung der Anlage, bezw. der Erweiterung der oben bezeichneten Transportanstalten — mit Ausnahme der Fälle, in welchen es sich um die Anlage einer lediglich im Personenverkehr innerhalb des Bereichs einer Stadt dienenden Pferdebahn handelt — von der Entscheidung seitens der Regierungsbehörden zunächst an den Minister unter Vorlage des die betreffenden Gesuche erläuternden Materials zu berichten und sich über die Frage gutachtlich zu äußern. Für die Entscheidung des letzteren ist der Umstand, daß für die Locomotivbahnen ein selbstständiger Bahnkörper nicht hergestellt, sondern bereits vorhandene Straßen mitbenutzt werden sollten, nicht maßgebend.

Oesterreich.

* Wien, 2. Septbr. [Die Versprechungen des Grafen Taaffe.] Es ist schwer, über gewisse Dinge keine Satyre zu schreiben! Ich konnte leider gestern nicht umhin, zu dem Jubel über die angebliche Wiederherstellung der Einigkeit im Schoße der Verfassungspartei einige sceptisch-unliebsame Randglossen zu machen; und heute schon werden meine Zweifel nur zu sehr bestätigt. Nach dem völlig ungenirten Frontwechsel, den die „Grafsbank“ des Unterhauses im Verlaufe der letzten Session vollzogen, kann nur ein allzu naives Gemüth sich einbilden, Männer, wie Graf Kielmannsegge, Baron Pirquet und Baron Schorschmid, Ritter von Dppenheimer u. s. w., würden diesmal besser bei der Stange bleiben, wenn es zum Klappen kommt in der allentscheidenden Frage: Ordnung des Staatshaushaltes durch Herabminderung des Heeresaufwandes. Und wahrlich nicht zuverlässiger, als die Einigung der Fraction Herbst mit dem rechten Flügel der Verfassungspartei, ist der Kitt, der sie mit dem linken Flügel zusammenhält. Die „Grazer Tagespost“ sagt rund heraus, daß die feirische Fortschrittspartei von der ganzen Linzer Conferenz nichts habe wissen wollen und sich erst im letzten Augenblicke, als sie gesehen, wie eine ziemlich große Anzahl von Mitgliedern der Fortschrittfracion aus anderen Provinzen ihr Erscheinen zusagte, entschloß, die projectirte Gegenconferenz in Bruck an der Mur zu vertagen — nicht aufzugeben, wie es anfangs hieß. So oft also die Partei von der Höhe der Programmtheorie hinabsteigen und an die Lösung rein praktischer, concreter Fragen herantreten muß, wird es mit der Einigkeit, wie sie in Linz geschaffen worden sein soll und jetzt gar enthusiastisch besungen wird, ganz gewaltig hapern — um so mehr, als ja in dem neuen Hause selbst die Gesamtheit der Verfassungspartei keineswegs mehr die Mehrheit von vorne herein behauptet, sondern darauf angewiesen ist, sich die Majorität von rechts her zu verschaffen. Nicht um Ein Haar breit besser aber als mit den Hoffnungen der Verfassungstreuen auf Grund des Linzer Parteitages ist es mit den Versprechungen des Grafen Taaffe bestellt, so wie die Regierungsorgane „Presse“ und „Fremdenblatt“ dieselben detailliren. Die wichtigste Zusage darunter ist, daß an dem Heeres-Etat 7 bis 8 Millionen erspart werden sollen, was einer Reduction des erbländischen Ausgabe-Etats um 5 bis 5½ Millionen gleichkommen würde. Als Baron Depretis bei Einbringung seines letzten Budgets zugleich mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt war, lediglich daran scheidete, daß er in Betreff des Eisernen Etats nicht die geringsten Zugeständnisse machen durfte, erklärte er dem Hause rund heraus, „ihm fehle der Muth“, in dieser Richtung irgend ein Versprechen abzugeben... er wolle an den Beamtengehalten sparen und namentlich die Aufbesserungen rückgängig machen, welche die kleine Bureaokratie erhalten. Herbst entgegnete mit Unwillen, nie werde er seine Zustimmung geben, diese „Aermsten der Aemter“ zu schädigen. Was der verfassungstreue Depretis nicht konnte, das kann mit einem Male das Coalitionsministerium, da darf der Ausgleichsminister versprechen! So durfte auch vor 14 Jahren Schmerling keinen Kreuzer von dem Heeresetat nachlassen, dessen Höhe zum Conflite mit dem Reichsrathe geführt; erst als dieser Conflict zur Einsetzung des Ministeriums Belcredi geführt, war Kriegsminister Franc in der Lage, jene Reductionen zu acceptiren, die er eben erst hartnäckig verweigert. Natürlich nur auf dem Papiere: es war ja der deutsche Krieg im Anzuge, und nach demselben war nichts der Art mehr die Rede. Auch Graf Bylandt hat ja der Delegation mit aller Bestimmtheit schon für 1879 Nachtragscredite in Aussicht gestellt, noch ehe der Einmarsch in Noibazar für dies Jahr beschlossen war!

Frankreich.

○ Paris, 1. Sept. [Die Deputirtenwahl in Bordaure. — Andere Deputirtenwahlen. — Aus Port Vendres. — Herr Weiß und der Staatsrath. — Der „Figaro“ und seine falschen Enthüllungen. — Festlichkeiten in Montbeliard.] Wie es sich erwarten ließ, hat die gestrige Wahl in Bordaure kein Resultat geliefert. Es traten bekanntlich drei Candidaten auf: Blanqui, Métabier und Ahard, alle drei Republikaner, und so gar radicale Republikaner. Blanqui erhielt 3929, Ahard 1852 und Métabier 1374 Stimmen. Keiner von ihnen erhielt ein Viertel der Stimmen aller eingeschriebenen Wähler, und in vierzehn Tagen muß eine Stichwahl vollzogen werden. Das Charakteristische an dieser Wahl ist die auf's Aeußerste gesteigerte Indifferenz der Bevölkerung von Bordaure. Es waren über 24,000 Wähler eingeschrieben und nur wenig über 7000, also nicht ein Drittel, haben gestimmt. Der nächste Schritt, den man daraus zu ziehen hat, ist, daß, wenn man bei der Stichwahl die säumigen Wähler herbeiziehen kann, Blanqui jedenfalls in der Minorität bleiben wird, denn es läßt sich mit Zug annehmen, daß gerade seine Anhänger, die Wähler der extremsten Richtung, am Pünktlichsten bei der Abstimmung erschienen sind. Im Vergleich zur Wahl vom 20. April hat übrigens Blanqui bereits über 3000 Stimmen verloren. Als einen Sieger kann er sich nach der gestrigen Abstimmung nicht betrachten, hat er doch kaum 1/3 der eingeschriebenen Stimmen erhalten. Aber wie diese Enthaltung erklären, die doppelt auffallend ist in einer Stadt, die sich sonst ziemlich stark am politischen Treiben betheiligte. In einem Landbezirk würde sie leichter erklärlich scheinen. Offenbar standen die beiden Candidaten, die neben Blanqui auftraten, bei den gemäßigten Republikanern in geringem Ansehen. Die monarchistischen Blätter behaupten zwar ihrer Gewohnheit nach, daß die 17,000 nicht erschienenen Wähler lauter Monarchisten seien, aber diese Prahlerei fraßt sich dadurch selbst Lügen, daß gar kein anti-republikanischer Candidat in Bordaure aufzutreten gewagt hatte. Offenbar ist durch die ungesegnete Candidatur Blanqui's in Bordaure eine gewisse Unordnung in den Gemüthern entstanden und die gemäßigten Republikaner thäten wohl, bald nach dem Rechte zu sehen. Sollten sie bei der Stichwahl noch einmal den Anhängern Blanqui's das Feld frei lassen, so würde, wie heute die „République Française“ in einem übellaunigen Leitartikel droht, die Stadt Bordaure sich selbst dafür verantwortlich zu machen haben, daß sie in der Kammer nicht vertreten sein wird, denn von einer Bestätigung der Wahl Blanqui's könnte natürlich jetzt noch weniger als vor drei Monaten die Rede sein. In zwei andern Bezirken Quinquamp (Côte du Nord) und Balence (Orême) werden am 14. September neue

Deputirte zum Ersatz für die verstorbenen Landesvertreter Guon und Christophle gewählt werden. In beiden war die Mehrheit bisher republikanisch. In der Colonie Guadeloupe hat man gestern einen Ersatzmann für Lacascade, der seine Entlassung gegeben hat, gewählt. Wir kennen natürlich das Ergebnis der Abstimmung nicht. Der Deputirte Cotte, von dem man behauptet hat, daß er sein Mandat niederlegen wolle, um seinen Wahlbezirk Henri Rochefort anzubieten, erklärt in einem Briefe an ein Blatt von Marseille, es sei ihm nie dergleichen in den Sinn gekommen. — Der „Bar“ ist endlich heute morgen in Port Vendres angekommen. Er war gestern Abend schon von Fischerbooten signalisirt worden und alle Fremden, die sich in Port Vendres aufhielten, um ihre Angehörigen zu empfangen, hielten sich die ganze Nacht über, am Hafen auf. Aber erst nach Tagesanbruch wurde das Schiff vom Hafen aus signalisirt und der übliche Besuch der Behörden und Aerzte an Bord nahm noch einige Stunden in Anspruch, so daß die Ausseilung erst gegen 10 Uhr Vormittags erfolgte. Der „Bar“ hatte 410 Passagiere an Bord, die meist in den letzten Tagen sehr von der Seefrankheit gelitten hatten. Im Uebrigen war der Gesundheitszustand während der ganzen Reise ein guter gewesen. Die Landung geschah in voller Stille. Die Ankommenden vermieden jede Demonstration und begnügten sich damit, die harrenden Freunde zu umarmen. Viele weinten. Es fehlte ihnen, wie man sagt, an allem Nützigen, und da die Regierung nur eine sehr geringe Unterstüzung vertheilen läßt (2—5 Franken pro Kopf), so fanden die anwesenden Vertreter des Hilfscomites gleich zu thun. Die meisten der Gelandeten sind schon heute Nachmittags von Port Vendres abgereist. Die Regierung hatte ihnen Fahrbillets bis in ihre Heimath zur Verfügung gestellt. Die Pariser werden morgen Abend hier eintreffen. Eine größere Zahl der Annestirten aber hat sich nach Narbonne begeben, denn man hatte auf dem „Bar“ alle diejenigen eingeschiff, die an dem Ausstandsversuch in Narbonne im Frühjahr 1871 theilgenommen. Die anderen Transportschiffe werden bald nachfolgen. — Seit einiger Zeit schon machen die antirepublikanischen Blätter viel Aufhebens von einem Artikel des bekannten Schriftstellers J. S. Weiß, der bei der jüngsten Umgestaltung des Staatsraths mit einer Reihe anderer Monarchisten aus dieser Körperschaft ausgeschlossen worden ist. Der Artikel ist heute in der „Revue de France“ erschienen und führt den Titel: Das Ende einer Staats Einrichtung. Unter dieser Staatseinrichtung hat man eben den Staatsrath zu verstehen, der nach Herrn J. S. Weiß nicht länger existiren kann, vielleicht weil Herr Weiß selber ihm nicht mehr angehört. Jedensfalls ist der Verfasser ein wenig zu sehr persönlich bei dieser Angelegenheit betheilig, um ein völlig unbefangenes Urtheil zu haben. Dies hindert indeß nicht, daß der Artikel, der wie alle Weiß'schen Arbeiten sehr geistvoll und boshaft geschrieben ist, mancherlei Treffendes enthält, aus dem die Republikaner und die Regierung Nutzen ziehen können. Er fängt an mit den Worten: Man glaubt in einem freien Lande zu leben unter dem regelrechten Spiel einer republikanischen Verfassung: und auf einmal bemerkt man, daß man in Byzanz ist unter der Herrschaft der reinsten Intrigue und Willkür.“ Damit ist die Tendenz des Aufsatzes gleich klar dargethan. — Es wird dem „Figaro“ nachgerade schwer werden, die Schtheit des Gesprächs, welches nach seiner Erzählung zwischen dem Prinzen Jerome und einem Finanzmann geführt worden, noch länger aufrechtzubalten. „L'Ordre“ hat dieses Gespräch gestern für absolut apokryph erklärt, und der „Gaulois“ seinerseits meldet heute, daß sein Chefredacteur Meyer von dem Prinzen persönlich ermächtigt wurde, diese Note des „Ordre“ zu bestätigen. Der „Figaro“ wird wohl thun, diese ganze Geschichte der Vergessenheit anheimzugeben. Im Grunde sagt sich Jedermann, daß, wenn jene Unterredung nicht wirklich stattgefunden hat, die Erzählung des „Figaro“ jedoch nicht gegen die Wahrscheinlichkeit verstieße. Das einzige praktische Resultat der ganzen Polemik besteht darin, daß A. Vitu, der in dieser Sache den Vertrauensmann des Prinzen Jerome gespielt hat, nicht mehr der Theaterrecensent des „Figaro“ ist. — Der Minister Lepère hat an den Maire von Montbeliard geschrieben, er werde am 21. September in dieser Stadt an der Enthüllung der Statue Denfert-Rochereaus theilnehmen. Man erwartet für diese Feierlichkeit noch den Kriegsminister Gresley und den Unterstaatssecretär Turquet, sowie Antonin Rouff und etwa 50 andere Deputirte und Senatoren. Bei dieser Gelegenheit soll in Montbeliard unter der Leitung Turquets eine Kunstausstellung veranstaltet werden.

○ Paris, 2. Sept. [Die Generalräthe und die Ferry'schen Unterrichtsgesetze.] Man hat endlich genauere Angaben über die Aufnahme, welche die Ferry'schen Unterrichtsgesetze in den Generalräthen gefunden haben. Wie schon gesagt, war diese Aufnahme nicht eine derartige, daß sie die Regierung sonderlich zufrieden stellen könnte. Von 81 Generalräthen, die bisher ihre Session geschlossen haben, haben 30 sich für jene Gesetze und 32 gegen dieselben ausgesprochen, unter diesen letzteren mehrere, deren Mehrheit einen entschieden republikanischen Charakter hat. 19 Generalräthe sind auseinander gegangen, ohne sich mit den Ferry'schen Gesetzen beschäftigt zu haben. Es bleiben nun noch fünf Generalräthe, deren Session nicht geschlossen ist und 4 deren Session noch gar nicht begonnen hat, nämlich die der Seine und der 3 algerischen Departements, alle 9 sind republikanisch und das Gesamtergebnis kann sich also noch zum Vortheil der Ferry'schen Gesetze ändern, aber auf alle Fälle ist die energische Kundgebung zu Gunsten der Unterrichtsreform, auf welche die Regierung und ihre Freunde in den Kammern rechneten, ausgeblieben, und auf die Verhandlungen in der bevorstehenden parlamentarischen Session wird das einen starken Einfluß ausüben. Die Opposition im Senat wird sich außerordentlich geträstigt fühlen und es wird fraglich, ob das Ministerium, oder wenigstens ob Jules Ferry sich in seiner Stellung wird behaupten können. Man würde schon jetzt eine Umgestaltung des Ministeriums für wahrscheinlich halten müssen, wenn nicht die alte Schwierigkeit fortbestände, welcher das Cabinet Waddington schon mehrmals seine Erhaltung verdankte, die Schwierigkeit nämlich, ein neues Ministerium zu bilden, ohne daß Gambetta die Leitung zu übernehmen hätte. Vermuthlich wird Gambetta sich auch diesmal weigern, die Rolle eines Conseilpräsidenten zu übernehmen, und man wird ein Mittel suchen, Alles beim Alten zu lassen. Um auf die Verhandlungen der Generalräthe zurückzukommen, so ist zu bemerken, daß die Sache für die Regierung sich kaum günstiger stellt,

